

LeserInnenbriefe an: hlz@gew-hamburg.de (wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Richtigstellung

hlz 6-7/2011

Liebe Redaktion, Ihr seid einer Fehlinformation aufgegessen. Richtig ist: In der Deputationssitzung am 16.6. hat der Senator klargestellt, dass er keine verpflichtenden Diktate in der Grundschule als Grundlage der Leistungsbeurteilung vorschreiben will. Sie sollen allerdings auch nicht ausdrücklich verboten werden. Die Textfassung des Entwurfs wurde zwecks Eindeutigkeit noch leicht verändert und wird im endgültigen Rahmenplan folgendermaßen lauten:

„Zur Feststellung der Leistungen im Bereich ‚Richtig schreiben‘ werden gesonderte schriftliche Lernerfolgskontrollen durchgeführt. Sie können aus Aufgaben zur Wörterbuchbenutzung, zur Fehlersuche und -korrektur an vorgegebenen Texten, zum Abschreiben, zum Nachdenken über die Schreibweise von Wörtern und zur Überprüfung des geübten Grundwortschatzes sowie aus Diktaten bestehen. Wird ein Diktat zur Überprüfung der Rechtschreibleistung eingesetzt, ist dieses nicht das alleinige Instrument der Leistungsfeststellung, sondern wird durch die zuvor angezeigten Methoden sowie eine angemessene Überarbeitungszeit zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt.“

Mit kollegialen Grüßen

EDGAR MEBUS
(Deputierter)

„Atomausstieg selber machen“

Meines Wissens bezieht die GEW-Geschäftsstelle Strom von einem „atomstromfreien Anbieter“. Gilt dies auch für

die anderen Immobilien der GEW (Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 19) oder wird den dortigen Mietern/Pächtern überlassen, wo sie ihren Strom beziehen? Wenn das so ist, frage ich: was tut die GEW, um die Mieter/Pächter zu veranlassen den Stromanbieter zu wechseln?

Dies entspräche wohl auch dem Geist einschlägiger Beschlüsse auf Gewerkschaftstagen – wenn diese nicht nur Papier sein sollen.

Vielleicht ist ja diesbezüglich auch alles in bester Ordnung. Für eine Auskunft wäre ich dankbar.

MICHAEL SCHADE
Schule Weidemoor

*Lieber Michael,
alles worüber wir als GEW bestimmen können, läuft mit Ökostrom und atomstromfrei (GEW, GBW, VTG Gemeinschaftsstrom).*

Mietrechtlich ist es jedoch unmöglich, die einzelnen

Mieter zu zwingen, den von uns präferierten Stromanbieter zu verwenden. Die einzelnen Mieter suchen es sich also aus. Es ginge ja auch nicht an, wenn beispielsweise die SAGA ihre Mieter zwingen könnte, Vattenfall-Strom zu verwenden. Da sind Mieter rechtlich in ihren Verträgen frei.

Wir weisen unsere Mieter natürlich darauf hin, dass wir Strom ohne Atomkraft bevorzugen, aber mehr können wir nicht tun.

DIRK MESCHER
Geschäftsführer.

Vor 40 Jahren

Zum 100. Jahrestag der Niederschlagung der Pariser Commune haben in Hessen die LehrerInnen zum ersten Mal gestreikt. Ein besseres Datum war nicht zu haben. Es waren die hessischen Lehrbeauftragten im Rahmen der Aktion „Kleine Klasse“. Dafür

Rezession oder Boom?

Zur Karikatur auf S. 2 die **Zahlen des Monats** aus Hinz&Kunzt, September 2012. **10** Euro die Stunde muss ein Arbeitnehmer verdienen, um im Alter eine Rente oberhalb der Armutsgränze zu beziehen. Das ergibt sich aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei. Angenommen wurden 45 Jahre Arbeit in einem Vollzeitjob bei einer 38,5-Stunden-Woche. Nach heutigem Recht hat Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe vom Staat, wer **684** Euro oder weniger Rente im Monat bekommt. In den kommenden Jahrzehnten droht Altersarmut zu einem Massenphänomen zu werden: Nach Berechnungen der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung arbeiteten 2009 **5** Millionen Menschen in Deutschland für einen Stundenlohn von 8,50 Euro oder weniger. Sie sind Verlierer selbst in Zeiten des Aufschwungs: Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind die Nettolöhne von Geringverdienern zwischen 2000 und 2010 um bis zu **22** % gesunken. D.h. eigentlich ist es egal, in welcher konjunkturellen Phase die Wirtschaft steckt, nach unten scheint es keinen Boden zu geben. (JG)

war der Streik aber große Klasse: er führte zu einem riesigen Erfolg und einige Hundert Pädagogik-StudentInnen direkt in die GEW. Zwischen Noam Chomsky und Bernstein-Oevermann, Edwin Hörnle und Anna Freud entstand nicht nur der "Praxisbezogene Studiengang". Es entstand auch die "Staffelberg-Kampagne", die Ulrike Meinhof mit ihrem Dokumentarfilm "Bambule" angestoßen hatte.

And the winner is...

Hamburg bleibt die Stadt mit den besten Wirtschaftsaussichten in Deutschland, so eine Studie des Feri-Instituts. Es untersuchte in 60 Städten, wie sich bis 2017 Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Bevölkerung und Kaufkraft entwickeln werden. Auf den Plätzen zwei und drei folgen München und Frankfurt. (dpa)

Trauerspiel

Am 8. September war Weltalphabetisierungstag. Rund 7,5 Millionen oder 14,5 Prozent der Erwerbsfähigen in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Knapp über 50 Prozent von ihnen gehen einer geregelten Arbeit nach, 58 Prozent sprechen Deutsch als Muttersprache.

Glanz...

Der SPD-Senat gibt sich spendabel: Er will 30 Mio. € zusätzlich aus Reserven für die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen ausgeben. Es gibt zusätzlich pro Gruppe ein pädagogisches Budget von 7.500 Euro im Jahr, von dem zum Beispiel Honorarkräfte bezahlt werden können.

...und Elend

Das sogenannte Sondervermögen Schulbau, eine Anstalt öffentlichen Rechts, hat in den vergangenen Jahren hohe Ver-



WIRTSCHAFTSPOLITIK
aktuell

NR. 16 – August 2011

VER. DI BUNDESVORSTAND
BEREICH WIRTSCHAFTSPOLITIK
WIRTSCHAFTSPOLITIK@VERDI.DE
WWW.WIPO.VERDI.DE

„Besteuern Sie uns!“

Warren Buffet, Multimilliardär und Börsenspekulant aus USA tut es. 16 der reichsten Manager und Aktionäre in Frankreich tun es. Die „Initiative Vermögensgabe“ mit inzwischen 50 Unterzeichnern in Deutschland tut es schon seit Jahren: Sie alle fordern ihre Regierungen auf „Besteuern Sie uns!“

„Meine Freunde und ich sind lange genug von einem Milliardärs-freundlichen Kongress verhätschelt worden“, sagt Buffet. Gleiches gilt für die Reichen in Deutschland. Auch sie wurden durch die Steuerpolitik bislang gehätschelt.

Eine Vermögensteuer in Deutschland von gerade einmal einem Prozent würde dem Staat 20 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen bringen. Zahlen müssten nur die Reichen – und nur auf den

Teil ihres Nettovermögens, der eine halbe Million übersteigt.

Doch die Regierung Merkel stellt sich einfach taub, wenn deutsche Millionäre feststellen: „Die großen Vermögen und Einkommen an der Spitze und fast nur dort sind enorm gewachsen. Diese krasse Umverteilung von unten nach oben gilt es jetzt umzukehren.“

Dabei hat Deutschland bei der Besteuerung von Eigentum besonders viel Spielraum. Gemessen an der Wirtschaftleistung bringen diese Steuern in USA und Frankreich mehr als dreimal soviel ein.



Gruppe	Anteil am Nettovermögen
die ärmsten 20 Prozent	0,2%
zweites Fünftel	0,5%
drittes Fünftel	3,5%
viertes Fünftel	14,1%
die reichsten 20 Prozent	82%

das reichste Prozent der Bevölkerung: 35,8%

Nur wenige besitzen fast alles
Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

V.i.S.d.P.: VER. DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

luste erwirtschaftet, für die nun Kredite zum Ausgleich aufgenommen werden müssen.

Woher nehmen

Der SPD-Senat will einen Gesetzentwurf beschließen, mit dem die Studiengebühren zum Wintersemester 2012/2013 abgeschafft werden. „Noch nicht konkretisieren konnte die Senatorin, woher sie die 39 Millionen Euro pro Jahr nehmen will.“ (HA)

Gucci-Fraktion aktiv

Eltern und Schulleitungen des Matthias-Claudius- und

Charlotte-Paulsen-Gymnasiums protestieren gegen die geplante Zusammenlegung der Oberstufen. Dazu behauptet die Elternratsvorsitzende des Matthias-Claudius-Gymnasiums allen Ernstes: „Das ist der erste Schritt zur Einheitsschule und nicht das, was wir uns unter einem Schulfrieden vorgestellt haben.“

Ball flach halten

Schulsenator Ties Rabe hofft, dass der Kopftuchstreit innerhalb der Stadtteilschule Alter Teichweg selbst gelöst wird.